

BZG-Revision:
Limitierte Dienstage für
Gemeinschaftseinsätze

Im Porträt:
Samuel Hinden, der
42 Jahre Zivilschutz auf
dem Buckel hat



“Mit Blick auf die Effizienz des Systems gilt es im Katastrophenfall, die Kräfte dort zu bündeln, wo sie notwendig sind.”

Christoph Flury, Bundesamt für Bevölkerungsschutz



SZSV | Schweizerischer Zivilschutzverband
FSPC | Fédération suisse de la protection civile
FSPC | Federazione svizzera della protezione civile

EDITORIAL

Die Zunahme von Naturkatastrophen in letzter Zeit hat einen vermehrten Bedarf an Schutzmassnahmen auf den Plan gerufen. Dazu gehören Uferverbauungen, Bachsanierungen, aber auch Ausbildungen von Katastrophenorganisationen, da ist der Zivilschutz ebenfalls dabei, zusammen mit der Armee, der Feuerwehr und den Technischen Diensten der Gemeinden.

Der Stand der Ausbildung ist auf einem guten Niveau, doch die Katastrophenorganisationen einzelner Kantone und Gemeinden sind teilweise noch nicht optimal aufeinander abgestimmt, das heisst, es besteht Verbesserungsbedarf bezüglich der Koordination und der Zusammenarbeit.

Wichtig ist für die Zukunft, dass wir wissen, welche Aufgaben der Zivilschutz übernimmt und welches Material ihm dabei zur Verfügung steht. Um die Koordination zu verbessern, möchten wir seitens des Schweizerischen Zivilschutzverbandes eine Plattform etablieren, wo man sich mehrmals jährlich trifft, auch mit den Vertretern des Bundes. Die Erwartungen der Leistungen des Zivilschutzes müssen zwischen Bund und Kantonen abgestimmt werden, obwohl diese Leistungen von Region zu Region verschieden sein können.

Die gute Motivation der Zivilschutzorganisationen und seiner Eingeteilten ist eine grosse Chance für den Beitrag, den der Zivilschutz zur Bewältigung von Ernstereinsätzen für unser Land leistet. Die meisten Kantone mit ihren Zivilschutzorganisationen haben in den letzten Jahren bezüglich der Ausbildung und Einsatzfähigkeit grosse Fortschritte gemacht. Der Vorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes macht sich aber Gedanken, welche Beiträge er leisten kann, um die Koordination zwischen den Katastrophenorganisationen und zwischen den Aufgaben des Bundes und der Kantone mit ihren Zivilschutzorganisationen zu verbessern.



Pius Segmüller, Präsident SZSV

BZG-Revision vor Inkrafttreten

Verlängerte Ausbildung Werterhaltung zum ande

Im kommenden Jahr tritt das revidierte Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG) in Kraft. Die Revision bringt beim Zivilschutz eine moderate Verlängerung der Ausbildung für Kader und eine Limitierung der Dienstage für Gemeinschaftseinsätze; der Schutzraumbau wird deutlich gedrosselt und dafür der Grundsatz der Werterhaltung konsequent umgesetzt.

Das 2004 in Kraft getretene Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz ist Resultat eines mehrjährigen umfassenden Reformprojekts, in dem Bund, Kantone und Partnerorganisationen das Verbundsystem Bevölkerungsschutz konzipiert haben. Der Bevölkerungsschutz wurde auf das aktuelle Gefährdungsspektrum ausgerichtet, also primär auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Das Verbundsystem hat seine Leistungsfähigkeit bereits mehrfach bewiesen, insbesondere bei den Hochwasserereignissen von 2005 und 2007. In spezifischen Bereichen ergab sich im Zuge der Umsetzung allerdings ein gewisser Verbesserungsbedarf.

Die am 17. Juni 2011 vom Eidgenössischen Parlament gutgeheissene Revision des BZG bedeutet somit keine grundsätzliche Reform des Bevölkerungsschutzes oder des Zivilschutzes: Es geht um Optimierungsmassnahmen. Diese wurden, insbesondere im Bereich der Einsätze und der Ausbildung im Zivilschutz, wiederum in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen als den Haupt-

Das Gesetz führt eine jährliche Obergrenze ein von 40 Tagen.

trägern des Zivilschutzes erarbeitet. Hinzu kommen Anpassungen im Bereich der Schutzbauten, die auf parlamentarischen Vorstössen basieren.

Moderate verlängerte Ausbildung

Die Erfahrungen der Kantone haben gezeigt, dass die bisher für die Kadermitglieder, Spezialistinnen und Spezialisten jährlich zur Verfügung stehenden Schutzdienstage nicht genügen. Dies gilt insbesondere für die Wiederholungskurse, die der Überprüfung, Verbesserung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes dienen. Kader-

mitglieder, Spezialistinnen und Spezialisten müssen einerseits ihre eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten auffrischen und erweitern und andererseits Übungen und Ausbildungen für die Mannschaft vorbereiten und durchführen.

Ihre Ausbildungszeiten werden deshalb moderat angehoben: Im Bereich der Wiederholungskurse können sie anstatt zu zwei neu bis zu drei Wochen aufgeboten werden. Da Kommandantinnen und Kommandanten sowie ihre Stellvertretung die Verantwortung für die Einsatzbereitschaft ihrer Organisation in personeller, materieller und planerischer Hinsicht tragen, können sie neu bis zu vier Wochen Wiederholungskurse leisten, das heisst zwei Wochen mehr als bisher. Damit wird ihnen die nötige Zeit für die Vorbereitung zugestanden. Eine flexiblere Lösung ermöglicht es den Kantonen zudem, einen Teil der Weiterbildung der Kadermitglieder, Spezialistinnen und Spezialisten, deren Ausbildung heute in der Kompetenz des Bundes liegt, selber und auf eigene Kosten durchzuführen. Damit trägt der Gesetzgeber den verschiedenen kantonalen und kommunalen Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung.

Klärungen bei den Gemeinschaftseinsätzen

Um problematischen, teilweise auch missbräuchlichen Aufgeboten, insbesondere bei den Einsätzen des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft (Gemeinschaftseinsätze) zu begegnen, führt das revidierte Gesetz eine jährliche Obergrenze ein von vierzig Tagen pro Schutzdienstpflichtigen für Ausbildungsdienste und Gemeinschaftseinsätze. Zudem wird für Gemeinschaftseinsätze auf nationaler sowie kantonaler und kommunaler Ebene (kumulativ) eine Begrenzung auf drei Wochen (innerhalb der maximal zulässigen vierzig Tage) pro Jahr festgelegt. Diese Limitierung der Dienstage, für die

zum einen, eren



MAXIMAL DREI WOCHEN PRO JAHR KÖNNEN SCHUTZDIENSTPFLICHTIGE KÜNFTIG FÜR GEMEINSCHAFTSEINSÄTZE AUFGEBOTEN WERDEN.

Erwerbsersatz geleistet wird, gilt auch für haupt- und nebenberufliches Zivilschutzpersonal in seiner Milizfunktion.

Als weitere Massnahme wird zusammen mit den Kantonen eine Liste von zweckmässigen Gemeinschaftseinsätzen erstellt. Diese soll als Richtlinie für die Bewilligungen durch die jeweiligen Behörden dienen. Grundsätzlich sind solche Einsätze dann opportun, wenn sie dem Zweck und der Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes dienen, die Gesuchsteller über zu wenig eigene Mittel verfügen und private Firmen nicht übermässig konkurrenziert werden. Gemeinschaftseinsätze dürfen zudem nicht für den eigenen Arbeitgeber (z.B. Gemeinde) geleistet werden. Der Bundesrat hat das VBS auch beauftragt, eine separate Gesetzesvorlage zu unterbreiten, mit welcher die durch die Operation "ARGUS" aufgedeckten Mängel behoben werden sollen. Inhalt der Vorlage ist insbesondere der Aufbau eines gesamtschweizerischen Datenführungssystems. Weiterhin unbegrenzt möglich sind Schutzdienstleistungen bei Katastrophen und in

Notlagen, im Fall bewaffneter Konflikte sowie für Instandstellungsarbeiten. Diese "Echteinsätze" sind von der Dauer des Ereignisses sowie von seiner Bewältigung abhängig und können deshalb nicht zeitlich limitiert werden.

Bund unterstützt Kantone bei Beschaffungsvorhaben

Für die Beschaffung und Finanzierung der persönlichen Ausrüstung sowie des Einsatzmaterials für die Katastrophen- und Nothilfe sind die Kantone zuständig. Der Bund beschafft und finanziert hingegen die Systeme zur Alarmierung der Bevölkerung, die Telematiksysteme des Zivilschutzes, das anlagenbezogene Material sowie das ABC-Material des Zivilschutzes. Dies wurde bereits in der Bevölkerungsschutzreform 2004 nach dem Prinzip der Zuständigkeitsfinanzierung festgelegt. Der Bund kann aber die Beschaffungsvorhaben der Kantone unterstützen und mit diesen insbesondere Empfehlungen- bzw. Referenzlisten für das Material erarbeiten. Damit soll die Kompatibilität des Materials bei interkantonalen Einsätzen und gesamtschweizerisch eine ein-

heitliche und effiziente Ausbildung sichergestellt werden.

Weitere Optimierung bei den Schutzbauten

Das Schutzbautensystem ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Schweiz und des Schutzes der Bevölkerung. Das ab Mitte der 1960er-Jahre definierte Schutzziel "Jeder Einwohnerin, jedem Einwohner ein Schutzplatz" ist heute gesamtschweizerisch gesehen, bei regionalen Lücken, erreicht. Im Vordergrund steht heute die Werterhaltung der bestehenden Schutzinfrastruktur. Bereits das geltende BZG hat auf die Schutzraumbautätigkeit drosselnd gewirkt und die Privaten wie die öffentliche Hand finanziell entlastet. Die Gesetzesrevision bringt weitere Optimierungen gemäss folgenden Grundsätzen:

- Werterhaltung des bisherigen robusten Schutzbautensystems, die finanziell mit wenig Aufwand sichergestellt werden kann;
- gezielte und differenzierte Schutzraumbautätigkeit, die – im Sinne der Gleichbehandlung der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz – den Bedarf bezüglich

Bevölkerungsentwicklung und vorhandenen Lücken abdeckt;

- differenzierte bzw. lagegerechte Betriebsbereitschaft der Schutzanlagen (Kommandoposten, Bereitstellungsanlagen, geschützter Sanitätsstellen und geschützter Spitäler);
- markante finanzielle Entlastung der privaten Hauseigentümerinnen und -eigentümer sowie der öffentlichen Hand.

Damit führt die Revision des BZG zu Einsparungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden sowie bei Privaten. Die Drosselung der Schutzraumbautätigkeit und die Senkung der Ersatzbeiträge bringen – vorab bei Hauseigentümerinnen und -eigentümern – Einsparungen von rund 60 Millionen Franken pro Jahr.

Schutzraumbaupflicht bleibt bestehen

Die Pflicht der Hauseigentümerinnen und -eigentümer zum Schutzraumbau in Gebieten mit einem Schutzplatzdefizit oder zur Leistung von Ersatzbeiträgen in Gebieten mit einem gedeckten Schutzplatzbedarf bleibt

Neubauten von Spitälern, Alters- und Pflegeheimen bleibt das bisherige Recht bestehen: Pro Spital- und Heimbett ist ein Schutzplatz zu erstellen. Können aus technischen Gründen keine Schutzräume erstellt werden, sind ebenfalls Ersatzbeiträge zu leisten.

Kantone steuern mit Ersatzbeiträgen

Der zu leistende Ersatzbeitrag wird bei den Wohnhäusern von heute maximal rund 1500 Franken auf rund 400–800 Franken pro Schutzplatz markant gesenkt. Die neu anfallenden Ersatzbeiträge gehen an die Kantone, die damit die Möglichkeit erhalten, die Mittel gezielt und zweckgebunden einzusetzen. So können sie zwischen den Gemeinden einen innerkantonalen Ausgleich schaffen. Dies erlaubt es, die Schutzraumbautätigkeit besser zu steuern und noch vorhandene Lücken gezielt zu schliessen. Früher geleistete Ersatzbeiträge können, je nach bisheriger Praxis oder Entscheidung der Kantone, bei den Gemeinden bleiben.

Die Pflicht der Hauseigentümerinnen und -eigentümer zum Unterhalt der Schutzräume

Werterhaltung Schutzanlagen

Mit der konsequenten Regionalisierung des Zivilschutzes sind heute grundsätzlich keine neuen Kommandoposten und Bereitstellungsanlagen mehr zu erstellen. Darüber hinaus können rund 700 kleinere oder ältere Kommandoposten, die nicht mehr als Führungsstandorte vorgesehen sind, entweder zu öffentlichen Schutzräumen umgenutzt oder aufgehoben werden. Für diese überzähligen Kommandoposten entrichtet der Bund keine Pauschalbeiträge für die Betriebsbereitschaft mehr. Bei den geschützten Sanitätsstellen und Spitälern (mindestens 0,6 Prozent geschützte Plätze für Patientinnen und Patienten gemessen an der Bevölkerung) ist der Bedarf zumindest längerfristig gedeckt. Im Sinne einer differenzierten und lagegerechten Betriebsbereitschaft werden nur noch die für den Fall von Katastrophen und Notlagen vorgesehenen älteren Schutzanlagen erneuert. Die Erneuerung umfasst die Anpassung an den heutigen technischen Standard und die Substanzerhaltung. Bei den übrigen, nicht für Katastrophen und Notlagen vorgesehenen älteren Schutzanlagen erfolgt die Anpassung an den heutigen technischen Standard erst im Hinblick auf einen bewaffneten Konflikt. Jedoch wird auch bei diesen Anlagen die Substanz erhalten. Neu werden nur noch Schutzräume für Kulturgüter von nationaler Bedeutung (Staatsarchive und bedeutende Sammlungen) erstellt. Die Werterhaltung wird durch die Eigentümer sichergestellt und finanziert.

Die nächste Reform

Basierend auf der BZG-Revision läuft auch eine Überarbeitung der Zivilschutzverordnung (ZSV). Die revidierte ZSV soll gleichzeitig mit dem BZG in Kraft treten; aufgrund von Vorbereitungsarbeiten in den Kantonen ist der genaue Termin im Jahr 2012 noch festzulegen.

In der vorliegenden Teilrevision des BZG sind nur Massnahmen umgesetzt, die vor dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010 erarbeitet wurden. Der neue Bericht ist Ausgangspunkt für die Erarbeitung der "Strategie Bevölkerungs- und Zivilschutz 2015 plus". In diesem Rahmen wird geprüft, welche weiteren Anpassungen und allenfalls grundlegenden Reformen für den künftigen Schutz der Schweizer Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor Katastrophen und Notlagen erforderlich sind.

Christoph Flury
Chef Konzeption und Koordination
BABS



DIE SCHUTZRAUMBAUPFLICHT BLEIBT BESTEHEN, DER BAU WIRD ABER DEUTLICH GEDROSSELT.

sonit bestehen. Ebenso haben Gemeinden mit einem Schutzplatzdefizit für öffentliche Schutzräume zu sorgen. Beim Wohnungsbau werden in solchen Fällen künftig aber nur noch Schutzräume ab 25 Schutzplätzen erstellt. Da nach wie vor pro drei Zimmer zwei Schutzplätze zu bauen sind, betrifft dies nur noch Wohnhäuser und Überbauungen ab 38 Zimmern (bisher waren ab acht Zimmern Schutzräume zu erstellen). Bei Gebäuden mit weniger als 38 Zimmern ist kein Schutzraum mehr zu erstellen, sondern ein Ersatzbeitrag zu leisten. Eine Ausnahmeregelung gilt für Gemeinden unter 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern, da nur damit die noch bestehenden Lücken geschlossen werden können. Gerade in kleineren Gemeinden, etwa in den Bergkantonen, sind Grossüberbauungen sehr selten realisierbar. Für

bleibt bestehen, die Erneuerung hingegen wird neu durch Ersatzbeiträge finanziert. Damit entstehen den Eigentümerinnen und Eigentümern keine Kosten für die Erneuerung – und die Werterhaltung der Schutzräume ist langfristig sichergestellt. Es ist geplant, dass die Ersatzbeiträge in bestimmter Reihenfolge verwendet werden können:

- für die Erstellung, die Ausrüstung, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung von öffentlichen Schutzräumen;
- für die Erneuerung von privaten Schutzräumen, sofern die Eigentümerinnen und Eigentümer ihren Sorgfaltspflichten nachgekommen sind;
- für weitere Massnahmen des Zivilschutzes, insbesondere für periodische Schutzraumkontrollen oder die Beschaffung von Zivilschutzmaterial.

42 JAHRE FÜR DEN ZIVILSCHUTZ IM EINSATZ: SAMUEL HINDEN

Einmal kam die Notration per Taxi

So viel ZS-Erfahrung hat fast schon Seltenheitswert: 42 Jahre lang engagierte sich der Sumiswalder Samuel Hinden im Zivilschutz. Das pflichtbewusste Organisations-talent erlebte Reformen, technischen Fortschritt und brenzlige Einsätze. Und liess sich noch einmal in die Pflicht nehmen, als eigentlich die Pensionierung anstand.

Es ist eines jener Ereignisse, bei denen Zivilschützer hoffen, dass sie nie eintreten. Samstagnacht, 26. Juli 2008, gegen 23 Uhr. Die Flammen lodern, züngeln durch die Fenster hinaus. Dichter, schwarzer Rauch dringt aus dem mehrstöckigen Haus. Drinnen befinden sich Männer, Frauen, Kinder – und Babys. Das Asylheim im bernischen Aarwangen steht im Vollbrand.

Samuel Hinden hat den Einsatz miterlebt. “Die Bewohner mussten evakuiert werden, wir mussten sehr kurzfristig Nahrungsmittel vor allem für die Babys organisieren”, erinnert er sich. Der heute 67-Jährige war seinerzeit Leiter der Zivilschutzstelle der ZSO Aare. “Im Spital Langenthal hiess es: Wir haben keine solche Nahrung verfügbar.” Man suchte nach einer Lösung, dann rief der Betreuungschef in Bern beim Inselspital an, und schliesslich fand die Notration doch noch den Weg in die provisorische Unterkunft in der Zivilschutzanlage Aarwangen – mit dem Taxi. Auf unvorhergesehene Situationen richtig zu reagieren – wenn es sein muss auch mit unkonventionellen Methoden –, das hat Samuel Hinden in seiner langen Laufbahn als Zivilschützer à fond gelernt.

Dabei kam er eher durch einen Zufall zum Zivilschutz. Im zweiten WK verletzte sich Hinden, der im Aargau aufwuchs, an der Kniescheibe heftig. Folge: Die Zeit in der Armee war vorbei, er wurde im Juni 1969 in die örtliche Schutzorganisation in Adliswil ZH eingeteilt. An eine der ersten grossen Aufgaben nach der Grundausbildung erinnert er sich noch gut: Damals befand sich die Schutzplattuweisung in der Umsetzungsphase, “wir sind raus und haben die Schutzräume registriert”.

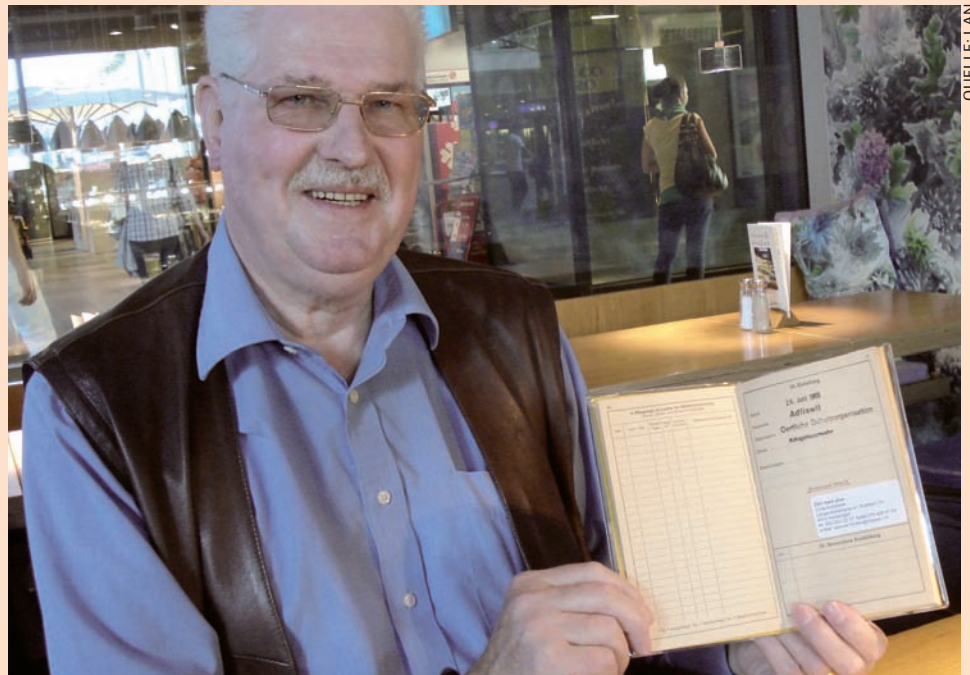
Als Helfer “an der Front”, der Trümmer aus dem Weg räumt und ähnliche Aufgaben wahrnimmt, war Samuel Hinden im Zivilschutz nie im Einsatz gewesen, daran hinderte ihn seine Knieverletzung. Wobei: “Ich habe natürlich schon auch an der Front mitgeholfen, einfach in der Administration”, sagt er. Und der Mann mit dem Flair für Logistik und Organisatorisches kann auf Führungserfahrung in eben diesen Bereichen zurückblicken wie wohl nur sehr Wenige im

Land. Der Blick auf das Kapitel Tätigkeiten in seinem Lebenslauf – eindrücklich. Der gelernte Computertechniker hat unter anderem fünf Zivilschutzstellen geleitet. Zusätzlich war er auch 20 Jahre bei der Feuerwehr Sumiswald engagiert.

Was für ihn die Faszination am Zivilschutz ausmacht? “Die Schadensbilder und die Helfer im Einsatz zu sehen. Zu sehen, wie auch die grössten Schadensereignisse bewältigt werden, das ist faszinierend. Darüber hinaus ist für mich der Zivilschutz auch einfach eine Aufgabe, die nötig ist. Deshalb ha-

zunehmende Spardruck. “Ausserdem ist die Bereitschaft der Arbeitgeber gesunken, ihre Angestellten für Zivilschutzeinsätze freizustellen.”

Die Veränderungen im Zivilschutz, Samuel Hinden hat sie als Beteiligter miterlebt. Die Regionalisierung der Zivilschutzstellen, den technischen Fortschritt im Materialbereich. “Und es gab Reformen über Reformen, was die Struktur des Zivilschutzes betrifft. Immer wieder etwas Neues”, sagt Hinden. Er möchte die Veränderung nicht weiter bewerten, “ich möchte nicht als jemand hinstehen, der in Pension gegangen ist und alles besser weiss”. Was er aber beobachtet hat: “Die Jungen sind sehr mobil, da fällt es schwerer, sich an einem Ort in einem Amt



SAMUEL HINDEN ZEIGT DAS “ZIVILSCHUTZDIENSTBÜCHLEIN” MIT DEM EINTRITTSJAHR 1969.

be ich sie erledigt”, sagt er. Pflichtbewusstsein ist ihm die wichtigste Antriebsfeder. Und: “Leuten zu helfen, wenn sie in Not sind, egal ob es nun um ein Unwetter geht oder ein anderes Schadensereignis – das hat mir immer grosse Freude gemacht.” Zusammen, das hat ihn seine Erfahrung gelehrt, lässt sich besser helfen. Auch wenn nicht selten über kantonale und Bundesbehörden geschimpft wird, Samuel Hinden rühmt das Zusammenspiel mit diesen Institutionen.

Klar, nie ist alles nur positiv. Problemlösungen gehörten in den über 40 Jahren im Zivilschutz zu Samuel Hindens täglichen Aufgaben. Was ihn aber gestört hat, war der

zu engagieren.” Und die Dienstpflicht, so sein Eindruck, werde heute leichter als früher aufgehoben.

Für ihn selber kam das nie in Frage. Wie sehr er an “seinem” Zivilschutz hängt, zeigte sich 2009. Damals hatte er eigentlich in Pension gehen sollen. Weil sich die Nachfolgeregelung bei der ZSO Aare plus aber hinzog, hingte Hinden noch anderthalb Jahre als Leiter dran und blieb auch dann noch, als eine Nachfolgerin bereitstand. Ehrensache für den Zivilschutz-Grandseigneur, die neue ZS-Leiterin “einzufuchsen”, bevor er dann diesen Sommer endgültig seine aktive Zivilschutz-Karriere beendete.

ZUNEHMENDE MOBILITÄT

Immer mehr Arbeit für die ZSOs

Dass die Bevölkerung in der Schweiz immer mobiler wird, hat für die Zivilschutzorganisationen gravierende Auswirkungen: Die administrative Arbeit nimmt auf Kosten von Planung und Ausbildung entsprechend zu. Helfen könnte da der Schritt hin zu einem verstärkten Stützpunktsystem: Damit würde nicht gleich jeder Wohnortswechsel auch einen Wechsel der Organisation nach sich ziehen.

Dreimal pro Jahr führt die ZSO EMME einen Rekrutierungstag durch. Bis zu 70 Personen müssen jeweils erscheinen und neu eingeteilt werden. Die Fluktuation ist gross, vor allem wegen der Mobilität, stellt Kommandant Armin Camenzind fest: "Gerade junge Menschen sind nicht mehr nur an einen Ort gebunden. Sie ziehen oft um." Dabei müssen sie jedes einzelne Mal in der neuen Zivilschutzorganisation auch neu eingeteilt – und damit neu ausgerüstet – werden. Bei der ZSO Emme sind dies um die hundert Fälle pro Jahr. Eine stolze Zahl, mit welcher Camenzind umzugehen gelernt hat, auch wenn er unumwunden zugibt, dass es aufgrund dieser zunehmenden Mobilität immer schwieriger geworden ist, innerhalb der Organisation kontinuierlich zu planen. "Der Aufwand für den ganzen Stab nimmt zu", sagt er. "Klar: Je nach Wohnort wird ein Zivilschutzangehöriger, wenn er nur schon in die Nachbargemeinde zügelt, bei der ZSO EMME aus- und in der neuen ZSO wieder eingekleidet." Allein im Kanton Luzern gibt es sieben verschiedene ZSOs.

Die Erfahrungen, die man in der ZSO EMME macht, sind durchaus repräsentativ für andere Zivilschutzorganisationen. Auch der Sumiswalder Samuel Hinden, den wir auf Seite 5 dieser Ausgabe porträtieren, hat diesbezüglich in den letzten Jahren die gleichen Beobachtungen gemacht: "Die Jungen sind sehr mobil, da fällt es schwerer, sich an einem Ort in einem Amt zu engagieren." Im Zivilschutz äussert sich dies in einer schwierigeren Kaderplanung. "Jemanden für die Aufgabe des Zug- oder Gruppenführers zu finden, ist heute nicht einfach." "Die zunehmende Mobilität ist schweizweit ein Fakt", sagt auch Christoph Fluri, Chef Konzeption und Koordination im Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS). Dieser erhöhten personellen Fluktuation kam man mit der konsequenten Regionalisierung nach: Wo der Zivilschutz früher noch völlig lokal ausgerichtet war, ist er dies heute regional – und künftig vielleicht sogar verstärkt kantonal und interkantonal. Dies vor der Erkenntnis, so Fluri, dass mit der Ausrichtung auf

Katastrophen und Notlagen "nicht mehr je- de kleinere Gemeinde eine ZSO braucht".

Der Paradigmenwechsel könnte darin bestehen, dass neben den regionalisierten Zivilschutzorganisationen kantonale und interkantonal Stützpunkte geschaffen werden.



Allerdings gilt es laut Flury dabei sicherzustellen, dass diese bezüglich Einsatzzeiten rasch am Ereignisort eingesetzt werden können. Er selber würde es begrüßen, wenn man im Zivilschutz künftig vermehrt auf die Karte "Stützpunktsystem" setzen würde: "Dreistufig, also regional, kantonal und interkantonal, mit zunehmendem Spezialisierungsgrad von einer Stufe zur nächsten. Mit Blick auf die Effizienz des Systems gilt es im Katastrophenfall, die Kräfte dort zu bündeln, wo diese notwendig sind." Dass man auf diese Weise auch die zunehmende Mobilität der Zivilschutzangehörigen auffangen könnte, wäre aus seiner Sicht eine mehr als positive Begleiterscheinung. Ähnlich sieht dies auch Armin Camenzind von der ZSO EMME. Der Know-how-Verlust bei hundert Wegziehenden und hundert Neuankömmlingen jährlich sei gross, gibt er zu bedenken. Auch wenn man innerhalb der Arbeitsgruppe Innerschweiz schon heute die Zuteilung von Kader und Spezialisten "so unbürokratisch wie nur möglich" handhabt. "Entweder gelingt es dem Zivilschutz endlich", so meint er, "seine Dienstleistenden einheitlich auszurüsten, oder aber wir weichen künftig vom Grundsatz der örtlichen Zuteilung ab."

FACHTAGUNG 2012

Thema "Dienstpflicht" im Fokus


Die Technische Kommission des SZSV arbeitet schon eifrig am Programm der Fachtagung 2012, die am Dienstag, 15. Mai, im Schweizer Paraplegiker-Zentrum in Nottwil durchgeführt werden wird. Im Gegensatz zum diesjährigen dreitägigen Seminar in Schwarzenburg werden in Nottwil ausschliesslich fachspezifische Themen behandelt, wobei selbstverständlich auch über das Zentrum selber viel Wissenswertes zu erfahren sein wird.

Laut dem TK-Verantwortlichen Martin Erb ist eine gut besetzte Podiumsdiskussion zum Thema "Dienstpflicht" geplant. Aus dem BABS gibt es Neuigkeiten aus erster Hand, zudem wird an der Tagung auch darüber informiert, wie die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe die Zukunft des Zivilschutzes sieht. Und im Rahmen von Workshops werden sich die Anwesenden als "Frontleute" gleich selber intensiv über die künftige Rolle des Zivilschutzes in diesem Land unterhalten und sich ihre Gedanken machen.

Das definitive Programm inklusive Referenzen steht bis Ende Jahr. Ende Januar dann werden die Einladungen verschickt und Interessierte sich anmelden können.

Cover: nicht aktuell

Die Bildauswahl der Titelseite unserer Nummer 3/2011 stiess da und dort auf Kritik. Zu recht natürlich, wird dort doch ein Zivilschützer mit einem veralteten Funkgerät SE 125 gezeigt, welches heute kaum mehr zum Einsatz kommt. Selbstverständlich ist es auch für die Redaktion oberstes Ziel, das Bild eines modernen Zivilschutzes zu vermitteln.



Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Schweizerischer Zivilschutzverband
Adligenswulerstrasse 109, 6006 Luzern

REDAKTION | MEDIENSTELLE
chilimedia GmbH, Ringstrasse 44, 4600 Olten
Telefon 062 776 44 44, www.chilimedia.ch

LAYOUT | PREPRESS
www.gwdolten.ch

DRUCK
Vetter Druck AG, 3602 Thun
Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

VERSAND
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 4626, 3604 Thun, 079 340 93 88
susanna.ernst@thun.ch

AUFLAGE
4'000 Exemplare pro Ausgabe

PROCHAINE ENTRÉE EN VIGUEUR DE LA LPPCi RÉVISÉE

Cap sur une instruction prolongée et priorité au maintien de la valeur des ouvrages

La révision de la loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile (LPPCi) prendra effet l'an prochain. Les nouvelles dispositions relatives à la protection civile visent à prolonger légèrement la durée d'instruction pour les cadres et à limiter les jours de service consacrés aux interventions en faveur de la collectivité. Quant à la construction d'abris, elle se réduira nettement, tandis que le principe du maintien de la valeur des constructions existantes s'appliquera de façon systématique.

Entrée en vigueur en 2004, la LPPCi est issue d'un vaste projet de réforme mené sur plusieurs années, dans lequel la Confédération, les cantons et les organisations partenaires ont conçu le système coordonné de protection de la population. La protection de la population a ainsi été axée sur l'éventail actuel des dangers, soit avant tout sur la gestion de catastrophes et de situations d'urgence. Le système coordonné a déjà prouvé maintes fois son efficacité, notamment lors des crues de 2005 et 2007. Sa mise en oeuvre a toutefois révélé un besoin d'amélioration dans des domaines particuliers. La révision de la LPPCi, approuvée le 17 juin 2011 au Parlement, ne signifie donc pas une réforme fondamentale de la protection de la population ou de la protection civile. Il s'agit ici de mesures d'optimisation. Spécialement en matière d'interventions et d'instruction de la protection civile, l'élaboration de ces mesures s'est déroulée en étroite collaboration avec les cantons, principaux responsables de la protection civile. Le domaine des ouvrages de protection a par ailleurs fait l'objet d'adaptations fondées sur des interventions parlementaires.

Légère prolongation de l'instruction

Les expériences des cantons ont montré que le nombre annuel de jours de service

fixé actuellement pour les cadres et les spécialistes n'était pas suffisant. Ce constat concerne notamment les cours de répétition, destinés à vérifier, améliorer et maintenir la disponibilité opérationnelle de la protection civile. Les cadres et les spécialistes de la protection civile doivent, d'une part, mettre à niveau leurs propres connaissances et capacités et, d'autre part, préparer et réaliser des exercices et des cours pour le personnel.

C'est pourquoi la durée d'instruction prévue pour les cadres et les spécialistes est légèrement prolongée. Ces derniers pourront désormais être convoqués à des cours de répétition d'une durée maximale de trois et non plus seulement de deux semaines. De même, les commandants et leurs suppléants, responsables de la disponibilité opérationnelle de leur organisation sur les plans des effectifs, du matériel et de la planification, verront la durée maximale de leurs cours de répétition passer de deux à quatre semaines. Ils disposeront ainsi du temps nécessaire pour effectuer les travaux préparatoires requis pour l'accomplissement de leurs tâches. En outre, une solution plus souple permet aux cantons de réaliser eux-mêmes et à leurs propres frais une partie du perfectionnement des cadres et des spécialistes, lequel relève aujourd'hui de la

Confédération. Le législateur tient ainsi compte du fait que les conditions et besoins varient d'un canton ou d'une commune à l'autre.

Précisions quant aux interventions en faveur de la collectivité

La révision introduit pour les services d'instruction et les interventions en faveur de la collectivité, un plafond annuel de 40 jours par personne astreinte. Elle entend ainsi faire face aux convocations inopportunes et en partie abusives, notamment pour les interventions en faveur de la collectivité. De plus, sur le total maximal de 40 jours, seules trois semaines de service pourront être accomplies au titre des interventions en faveur de la collectivité aux niveaux tant national que cantonal ou communal. La limitation des jours de service pour lesquels l'allocation pour perte de gain est versée s'applique également au personnel à plein temps ou à temps partiel lorsqu'il assume une fonction de milice.

Une autre mesure consiste à établir, en collaboration avec les cantons, une liste des tâches pertinentes du point de vue des interventions en faveur de la collectivité. Cette liste devra servir de directive à l'attention des autorités chargées d'autoriser de telles interventions. D'une manière générale,

ces interventions sont opportunes si elles servent la cause de la protection civile et s'inscrivent dans le cadre de l'instruction, ou si leurs requérants ne disposent pas des moyens suffisants et que le recours à la protection civile ne représente pas une concurrence excessive envers les entreprises privées. Des services de ce genre ne peuvent être effectués en faveur de son propre employeur (p. ex. la commune). Le Conseil fédéral a aussi chargé le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) de présenter un projet de loi distinct visant à éliminer les insuffisances détectées lors de l'opération "ARGUS". Ce projet porte en priorité sur la mise en place d'un système de gestion des données à l'échelle nationale.

En revanche, les prestations de service de la protection civile demeurent possibles sans aucune restriction en cas de catastrophe, de situations d'urgence, de conflits armés et de travaux de remise en état. Ces "véritables interventions" dépendent aussi bien de la durée que de la gestion de l'événement et ne sauraient dès lors être limitées dans le temps.

Soutien de la Confédération pour des projets d'acquisition

L'acquisition et le financement de l'équipement et du matériel nécessaire aux interventions en cas de catastrophe et pour les secours urgents relèvent des cantons. Quant aux systèmes de transmission de l'alarme à la population, aux systèmes télé-matiques de la protection civile, au matériel lié aux constructions et au matériel ABC de la protection civile, ils sont acquis et financés par la Confédération. Cette répartition, d'ores et déjà fixée dans le cadre de la réforme 2004 de la protection civile, répond au principe du financement en fonction des compétences. La Confédération peut toute-fois soutenir les projets cantonaux d'acquisition et élaborer avec les cantons des listes de recommandations ou de référence pour le matériel, le but étant de garantir la compatibilité du matériel lors d'interventions inter-cantoniales, et une instruction efficace et unifiée à l'échelle suisse.

Optimisation continue des ouvrages de protection

Le parc d'ouvrages de protection est une partie essentielle de l'architecture de sécurité de la Suisse et de la protection de la population. Défini dès le début des années 60, l'objectif "une place protégée par habitant" est aujourd'hui globalement atteint à l'échelle nationale, malgré quelques lacunes régionales. Aussi, la priorité est-elle actuel-



A L'AVENIR, LES PERSONNES ASTREINTES À SERVIR DANS LA PROTECTION CIVILE POURRONT ÊTRE CONVOQUÉES POUR DES INTERVENTIONS EN FAVEUR DE LA COLLECTIVITÉ DONT LA DURÉE TOTALE NE DOIT PAS DÉPASSER TROIS SEMAINES PAR AN.

lement accordée au maintien de la valeur des ouvrages de protection existants. La LPPCi en vigueur a déjà eu pour effet de freiner la construction d'abris et d'alléger la charge financière des maîtres d'ouvrage privés et des pouvoirs publics. Sa révision apporte d'autres optimisations, fondées sur les principes suivants:

- maintien de la valeur du parc actuel d'ouvrages de protection, qui peut être assuré avec un investissement financier minimal;
- construction d'abris adaptée aux besoins et différenciée, qui ne répond plus qu'au besoin induit par le développement démographique et les lacunes existantes et préserve ainsi l'égalité de traitement pour toutes les personnes habitant en Suisse;
- état de préparation des constructions protégées (postes de conduite, postes d'attente, centres sanitaires protégés et unités d'hôpital protégées) différencié et adapté à la situation;
- allègement considérable de la charge financière des propriétaires d'immeubles et des pouvoirs publics;

La révision de la LPPCi génère ainsi des économies de coûts pour la Confédération, les cantons et les communes, de même que pour les particuliers. La réduction de l'activité en matière de construction d'abris et l'abaissement des contributions de remplacement – en particulier pour les propriétaires d'immeubles – auront pour effet d'alléger la

charge financière de quelque 60 millions de francs par an.

Maintien de l'obligation de construire des abris

Les propriétaires de maisons d'habitation devront continuer à construire des abris dans les zones qui n'en ont pas suffisamment, ou à verser des contributions de remplacement dans les régions où le besoin en places protégées est couvert. De même, les communes devront réaliser des abris publics dans les régions qui manquent de places protégées. Or pour les futurs logements dans de tels cas, seuls devront encore être construits des abris comptant au minimum 25 places protégées. Deux places protégées demeurant requises pour trois pièces, seuls les immeubles et complexes d'habitation d'au moins 38 pièces au total seront ainsi concernés par cette restriction (jusqu'ici il fallait réaliser des abris à partir de huit pièces). Pour les immeubles comptant moins de 38 pièces, construire des abris n'est plus exigé, mais il faudra en contrepartie s'acquitter d'une contribution de remplacement. Une dérogation à cette réglementation s'appliquera aux communes de moins de 1000 habitants, dans la mesure où l'application de cette obligation de construire est le seul moyen permettant de combler les lacunes qui subsistent dans le domaine des abris. Dans les petites communes précisément, telles qu'elles existent dans les cantons de

montagne, il est en effet difficile de réaliser de grands complexes d'habitation.

La réglementation actuelle reste applicable pour la construction de nouveaux hôpitaux, homes pour personnes âgées et établissements médico-sociaux. Une place protégée doit dès lors être créée par lit d'hôpital et d'établissement médico-social. S'il n'est pas possible de réaliser des abris pour des raisons techniques, il y a également lieu de verser des contributions de remplacement.

Contributions de remplacement, un outil de gestion pour les cantons

Fixé actuellement à 1500 francs, le montant maximal de la contribution de remplacement à verser pour les immeubles d'habitation sera fortement réduit pour atteindre 400 à 800 francs par place protégée. Les contributions de remplacement dues à ce titre vont aux cantons, lesquels auront désormais la possibilité d'utiliser ces ressources de manière ciblée et conforme aux besoins. Ils peuvent ainsi établir un certain équilibre entre les communes. L'activité en matière de construction d'abris pourra donc être mieux gérée encore. Il sera par exemple possible de combler de manière plus ciblée les lacunes existantes. Suivant la pratique ou la décision des cantons, les communes pourront cependant garder les contributions de remplacement qui leur ont été payées précédemment.

L'obligation faite aux propriétaires de maisons de veiller à l'entretien des abris demeure en vigueur, en revanche la modernisation sera dorénavant financée par des contributions de remplacement. Il n'en résultera ainsi pas de frais de modernisation pour les propriétaires – et le maintien de la valeur des abris est assuré à long terme. Il est prévu que les contributions de remplacement puissent être utilisées selon un certain ordre des priorités:

- pour la réalisation, l'équipement, l'exploitation, l'entretien et la modernisation d'abris publics;
- pour la modernisation d'abris privés, dans la mesure où les propriétaires se sont acquittés de leurs obligations de diligence;
- pour d'autres mesures de la protection civile, en particulier pour des contrôles périodiques ou l'acquisition de matériel de protection civile.

Maintien de la valeur des constructions protégées

Avec la régionalisation systématique de la protection civile, il n'est en principe plus nécessaire de réaliser de nouveaux postes de conduite et postes d'attente. Par ailleurs, près de 700 postes de conduite de petite

taille ou de construction ancienne qu'il n'est plus prévu d'utiliser comme locaux de conduite pourront être soit réaffectés en tant qu'abris publics, soit désaffectés. La Confédération ne versera plus aucune contribution forfaitaire destinée à garantir l'état de préparation de ces postes de conduite en surnombre. Le besoin en nouvelles constructions sera couvert pour le moins à long terme pour les centres sanitaires protégés et les unités d'hôpital protégées (lits pour au moins 0,6 % de la population).

Afin d'obtenir une disponibilité opérationnelle en fonction de la situation, seules seront encore modernisées les constructions protégées de l'ancienne génération qu'il est prévu d'utiliser en cas de catastrophe et en situation d'urgence. Cette modernisation visera à équiper les constructions selon les normes techniques actuelles et à en maintenir la substance. Quant aux constructions protégées de l'ancienne génération qu'il n'est pas prévu d'utiliser en cas de catastrophe et en situation d'urgence, elles ne seront adaptées à l'état actuel que dans la perspective d'un conflit armé. En revanche la substance de ces constructions sera elle aussi maintenue.

Désormais seuls seront réalisés des abris pour les biens culturels d'importance nationale (archives nationales et importantes collections). Le maintien de la valeur de tels abris est assuré et financé par les propriétaires.

Prochaine réforme

L'ordonnance sur la protection civile (OPCi) fait également l'objet d'une refonte s'appuyant sur la révision de la LPPCi. Sauf imprévu, l'OPCi entrera en vigueur en même temps que la LPPCi. En raison de travaux préparatoires au sein des cantons, la date exacte en 2012 reste encore à fixer.

Dans la présente révision partielle de la LPPCi, seules sont mises en œuvre des mesures élaborées avant le Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la politique de sécurité, du 23 juin 2010. Ce nouveau rapport constitue un point de départ pour l'élaboration de la stratégie de la protection de la population et de la protection civile 2015 plus. Dans ce contexte, il s'agira d'examiner quelles autres mesures et, le cas échéant, quelles nouvelles réformes s'imposent pour assurer à l'avenir la protection de la population suisse et de ses bases d'existence en cas de catastrophe et en situation d'urgence.

Christop Flury
Chef de la division Conception et
coordination, OFPP

EDITORIAL

L'augmentation récente des catastrophes naturelles a mis en lumière un besoin accru de mesures de protection: il faut stabiliser les berges, assainir les ruisseaux, mais aussi assurer l'instruction au sein des organisations d'intervention en cas de catastrophe. Dans ce contexte également, la protection civile est présente aux côtés de l'armée, des services du feu et des services techniques communaux.

L'instruction atteint actuellement un bon niveau. Dans certains cantons et communes toutefois, l'harmonisation entre les organisations d'intervention en cas de catastrophe n'est pas encore optimale, autrement dit un besoin d'amélioration subsiste du point de vue de la coordination et de la collaboration. Il importe pour l'avenir que nous sachions quelles tâches la protection civile assume et quel est le matériel dont elle dispose à cet effet. Dans le souci d'améliorer la coordination, nous souhaitons établir au nom de la Fédération suisse de la protection civile une plate-forme permettant de se rencontrer plusieurs fois par an et de conférer aussi avec des représentants de la Confédération. Les attentes quant aux prestations de la protection civile doivent faire l'objet d'une concertation entre la Confédération et les cantons, bien que ces prestations puissent différer d'une région à l'autre.

La bonne motivation des organisations de protection civile et des personnes incorporées est une grande chance pour la contribution que la protection civile fournit à notre pays en matière de gestion des interventions en cas d'événement dommageable. Ces dernières années, la plupart des organisations cantonales de protection civile ont réalisé de grands progrès sur le plan de l'instruction et celui de la disponibilité opérationnelle. Le comité de la Fédération suisse de la protection civile réfléchit néanmoins à la manière d'améliorer la coordination entre les organisations d'intervention en cas de catastrophe et entre les tâches de la Confédération et celles des cantons et organisations de protection civile.



Pius Segmüller, Président FSPC

42 ANS AU SERVICE DE LA PROTECTION CIVILE: SAMUEL HINDEN

Un jour, la ration de secours est arrivée en taxi

Durant 42 ans, Samuel Hinden, figure de Sumiswald, s'est engagé au service de la protection civile. Une si longue expérience de la protection civile est plutôt rare. Ce talentueux organisateur doté d'une grande conscience professionnelle a vécu les réformes, le progrès technique et de délicates interventions. Et à l'heure proche de la retraite, il s'est fait un devoir de remplir.

Il est des événements que les membres de la protection civile souhaitent ne jamais devoir affronter. Et pourtant, tard dans la soirée du samedi 26 juillet 2008, vers 23 heures, des flammes jaillissent des fenêtres, lèchent les murs d'une maison de plusieurs étages. Une fumée noire, opaque, s'échappe des ouvertures de l'immeuble. A l'intérieur se trouvent des hommes, des femmes, des enfants – et des nourrissons. L'incendie ravage le centre d'accueil pour requérants d'asile de la commune bernoise d'Aarwangen.

Samuel Hinden a participé à l'intervention. Il se souvient: "Il a fallu évacuer les habitants; puis dans un délai très court, organiser l'approvisionnement en denrées alimentaires, surtout pour les bébés." Agé aujourd'hui de 67 ans, Samuel Hinden était à l'époque chef de l'office de protection civile de l'OPC Aare. "A l'hôpital de Langenthal, on nous a dit: "Nous n'avons pas ce genre d'aliments à disposition." On cherchait une solution. Le chef de l'assistance a alors appelé l'Hôpital de l'île à Berne, et finalement la ration de secours est tout de même parvenue – en taxi – dans les locaux d'hébergement provisoire de la construction de protection civile d'Aarwangen. Réagir de façon adéquate dans des situations imprévues – et s'il le faut par des méthodes non conventionnelles –, Samuel Hinden l'a appris à fond durant sa longue carrière au sein de la protection civile.

C'est cependant presque par hasard qu'il a rejoint les rangs de la protection civile. Lors de son deuxième cours de répétition, le vaillant militaire qui a grandi en Argovie se blesse grièvement à une rotule. Son cursus dans l'armée s'arrête donc là. En juin 1969, il est incorporé dans l'organisme de protection local d'Adliswil, canton de Zurich. Il se rappelle très bien les premières grandes tâches à accomplir au terme de la formation de base. A ce moment-là, l'attribution des places protégées était en phase de mise en oeuvre, "nous sommes sortis et avons enregistré les abris".

Samuel Hinden n'est jamais intervenu comme auxiliaire sur le terrain pour déblayer les décombres ou exécuter des tâches semblables. Sa blessure au genou l'en a empêché.

"J'ai bien sûr participé aussi à des opérations 'au front', mais simplement dans l'administration", précise-t-il. Et notre homme qui a le sens de la logistique et de l'organisation peut dans ces domaines évoquer une expérience de la conduite dont peu de personnes peuvent se prévaloir en Suisse. Au chapitre de ses activités, le coup d'œil est impressionnant. Le technicien en informatique de profession a, entre autres, dirigé cinq offices de protection civile. Sans compter son engagement durant 20 ans au service du feu de Sumiswald.

Qu'est-ce qui détermine à ses yeux la fascination pour la protection civile? "Le fait de

problèmes a toujours fait partie du quotidien de Samuel Hinden. Ce qui l'a toutefois dérangé, c'est la pression croissante de l'économie des coûts. "De plus, les employeurs sont moins disposés à libérer leurs employés pour des interventions de la protection civile."

Les changements au sein de la protection civile, la régionalisation des offices de protection civile et le progrès technique dans le domaine du matériel, Samuel Hinden les a vécus en tant que participant. "Et sur le plan de la structure, il y a eu réforme sur réforme. Toujours quelque chose de nouveau." Il préfère ne pas s'étendre davantage sur ces changements. "Je ne voudrais pas passer pour un retraité qui sait tout mieux que personne." Il a cependant observé que "la population jeune étant très mobile, il lui est plus difficile de s'engager dans des fonctions locales". Quant à l'obligation de



SAMUEL HINDEN MONTRER SON LIVRET DE SERVICE ESTAMPILLÉ 1969.

voir les dommages, puis les aides en intervention. Voir aussi comment les plus graves événements sont gérés, c'est fascinant. Mais pour moi, la protection civile est aussi une tâche nécessaire, que j'ai accomplie dans cet esprit." La conscience professionnelle est à son avis l'élément moteur le plus important. "Aider les gens en détresse en cas de tempête ou de tout autre événement grave m'a toujours procuré une grande joie." En œuvrant ensemble, il le sait par expérience, l'aide ne sera que meilleure. Et bien que d'aucuns fulminent parfois contre les autorités cantonales ou fédérales, Samuel Hinden loue la collaboration avec ces institutions. Evidemment, rien n'est jamais entièrement positif. Durant ces 42 ans, la résolution de

servir, il a l'impression que son abrogation serait actuellement plus facile qu'auparavant. En ce qui le concerne, l'idée d'une telle suppression ne l'a même pas effleuré. En 2009, on a pu s'apercevoir combien il tient à "sa" protection civile. Cette année-là, il aurait en fait dû prendre sa retraite. Etant donné que la réglementation en matière de succession au sein de l'OPC "Aare plus" avait pris du retard, Samuel Hinden est resté encore une année et demie dans sa fonction de chef, gardant de surcroît son poste, alors même qu'une candidate s'était mise à disposition. Il va de soi qu'il devait préparer au mieux la nouvelle venue – question d'honneur pour ce gentleman de la protection civile – avant qu'il ne mette la clé sous le paillason.

Surcroît de travail pour les OPC

En constante augmentation, la mobilité de la population en Suisse a des effets préoccupants pour les organisations de protection civile: le travail administratif s'accroît, aux dépens des activités de planification et d'instruction. Franchir le pas vers un système consolidé des centres de renfort pourrait être une réponse. On éviterait ainsi que tout changement de domicile implique automatiquement le passage dans une autre organisation.

Trois fois par an, l'OPC Emme organise une journée de recrutement. A chaque fois, près de 70 personnes doivent se présenter pour une nouvelle incorporation. La fluctuation est importante, surtout en raison de la mobilité démographique, constate le commandant Armin Camenzind: "Les personnes jeunes, précisément, ne sont plus attachées à un seul lieu. Elles déménagent souvent." Il faut donc les réincorporer chaque fois dans une autre OPC – et bien sûr les rééquiper. Pour l'OPC Emme, il s'agit d'une centaine de cas par an. Un chiffre respectable, qu'Armin Camenzind a appris à gérer. Il n'en cache pas moins que cette mobilité croissante complique de plus en plus la planification continue au sein de l'organisation, et que tout l'état-major voit sa charge de travail augmenter. Et pour cause: "Selon le lieu de domicile, une personne astreinte qui déménage, ne serait-ce que dans la commune voisine, doit rendre son équipement à l'OPC Emme et être rééquipée dans la nouvelle OPC." Le canton de Lucerne, par exemple, compte à lui seul sept OPC différentes. Les expériences vécues par l'OPC Emme sont à l'évidence représentatives pour d'autres OPC. Samuel Hinden, dont nous esquissons un bref portrait en page 6 de la présente édition, a observé le même phénomène au cours des dernières années: "La population jeune étant très mobile, il lui est plus difficile de s'engager dans des fonctions locales." Dans la protection civile, la planification et le développement des cadres s'en ressentent visiblement. "Trouver quelqu'un pour la fonction de chef de groupe ou de section n'est aujourd'hui pas simple." "La mobilité croissante est un fait à l'échelle nationale", relève Christoph Flury, chef de la Division Conception et coordination à l'Office fédéral de la protection de la population (OFPP). La régionalisation systématique doit permettre de suivre le rythme de cette fluctuation accrue du personnel: si la protection civile avait hier encore une vocation foncièrement locale, elle s'inscrit aujourd'hui dans une perspective régionale – et s'affirmera demain peut-être dans une

vision cantonale, voire intercantonale. Selon Christoph Fleury, force est de reconnaître que l'orientation sur les catastrophes et les situations d'urgence "n'exige plus une OPC dans chaque petite commune".



Armin Camenzind

Le changement de paradigme pourrait consister à créer, outre les OPC régionalisées, des centres de renfort cantonaux et intercantonaux. Christoph Flury souligne cependant la nécessité de garantir leur prompt intervention sur le lieu du sinistre, compte tenu des délais fixés. Pour sa part, il souhaiterait vivement que la protection civile mise davantage sur la carte du système de centres de renfort, soit une formule à trois échelons, régional, cantonal et intercantonal, avec un degré de spécialisation croissant d'un échelon à l'autre. "Dans l'optique de l'efficacité du système, il s'agit en cas de catastrophe de concentrer les forces là où elles sont nécessaires." Pouvoir par là même faire face à la mobilité serait à ses yeux un effet secondaire plus que positif. Armin Camenzind de l'OPC Emme est du même avis. Le départ chaque année d'une centaine de personnes, couplé à l'arrivée d'autant de nouveaux venus, entraîne une perte de savoir-faire qui doit donner à réfléchir, bien qu'aujourd'hui déjà le groupe de travail Suisse centrale traite l'affectation des cadres et des spécialistes de façon "aussi non bureaucratique que possible". Et de conclure: "Soit la protection civile parvient enfin à équiper ses membres de manière uniforme, soit nous dérogerons à l'avenir au principe de l'attribution locale."

L'obligation de servir en point de mire

La commission technique de la FSPC travaille déjà avec assiduité au programme du prochain séminaire, qui se tiendra le mardi 15 mai 2012 au Centre suisse des paraplégiques (CSP) de Nottwil.



CENTRE SUISSE DES PARAPLÉGIQUES DE NOTTWIL

A la différence de la conférence de trois jours organisée cette année à Schwarzenburg, le séminaire 2012 abordera exclusivement des thèmes techniques – et offrira bien entendu l'occasion de découvrir le CSP lui-même.

Selon le responsable de la commission technique, Martin Erb, le programme prévoit une table ronde sur le thème de l'obligation de servir, animée par de nombreux intervenants. L'assemblée recevra en outre des nouvelles de première main de la part de l'OFPP en étant informée de la manière dont le groupe de travail institué par le Conseil fédéral envisage l'avenir de la protection civile. Des ateliers permettront par ailleurs aux participants de mener eux-mêmes, en professionnels du terrain, une large discussion et réflexion sur le rôle futur de la protection civile dans ce pays.

Le programme définitif, liste des intervenants incluse, sera établi d'ici à la fin de l'année. Les invitations seront envoyées à la fin janvier, date à partir de laquelle les personnes intéressées pourront s'inscrire.

Couverture obsolète

Le choix de l'illustration en couverture du numéro 3/2011 a suscité, ici et là, quelques critiques. Et avec raison, puisque la photographie montrait un membre de la protection civile muni d'un appareil radio SE-125, un modèle qui n'est plus utilisé à l'heure actuelle. Il va de soi que la rédaction considère comme l'un de ses objectifs premiers de diffuser l'image d'une protection civile moderne.



Revisione LPPC:
limitazione dei giorni di
servizio destinati ad
interventi di pubblica
utilità

Nel ritratto:
Samuel Hinden, fero
dei suoi 42 anni di servi-
zio presso la protezione
civile

REVISIONE DELLA LPPC

Accento sull'istruzione prolungata e sulla salvaguardia del valore

L'anno prossimo entrerà in vigore la revisione della Legge sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile (LPPC). Per la protezione civile, la revisione comporta un prolungamento dei periodi d'istruzione per quadri e una limitazione del numero di giorni di servizio destinati ad interventi di pubblica utilità. La costruzione di rifugi subirà una forte riduzione, mentre il principio della salvaguardia del valore sarà applicato in modo ancor più rigoroso.

La Legge federale sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile del 2004 è il risultato di un progetto di riforma pluriennale nell'ambito del quale Confederazione, Cantoni e organizzazioni partner hanno concepito il sistema integrato di protezione della popolazione. Orientata verso i pericoli attuali e prevedibili, la protezione della popolazione si occupa innanzitutto dell'aiuto in caso di catastrofi e altre situazioni d'emergenza. Il sistema integrato della protezione della popolazione ha ripetutamente dimostrato la sua efficacia, soprattutto durante le alluvioni del 2005 e del 2007. Durante le sue attività sono state però riscontrate anche alcune lacune.

La revisione della LPPC, approvata dal Parlamento federale il 17 giugno 2011, non è una riforma radicale della protezione della popolazione o della protezione civile, ma prevede misure di ottimizzazione. Queste misure, in particolare quelle concernenti gli interventi e l'istruzione della protezione civile, sono state elaborate in stretta collaborazione con i Cantoni, principali responsabili della protezione della popolazione. Ad esse si aggiungono alcune modifiche concernenti il settore delle costruzioni di protezione che fanno seguito a diversi interventi parlamentari.

Istruzione leggermente prolungata

Le esperienze acquisite dai Cantoni hanno dimostrato che il numero annuale di giorni di servizio previsti per i quadri e gli specialisti non è sufficiente. Ciò vale in particolare per i corsi di ripetizione, che servono a verificare, migliorare e mantenere l'operatività della protezione civile. I quadri e gli specialisti devono sia rinfrescare le proprie conoscenze teoriche e pratiche, sia preparare e svolgere esercizi e corsi per i militi.

I loro periodi d'istruzione vengono dunque leggermente prolungati: essi potranno essere convocati a prestare fino a tre settimane di corsi di ripetizione invece di due. Essendo responsabili dell'operatività della propria organizzazione dal punto di vista del personale, del materiale e della pianificazione, i comandanti e i loro sostituti potranno prestare fino a quattro settimane di corsi di ripetizione, vale a dire due settimane in più rispetto al passato. Saranno così in grado di svolgere i preparativi necessari. Una maggiore flessibilità permetterà inoltre ai Cantoni di organizzare e finanziare direttamente i corsi di perfezionamento per quadri e specialisti, per i quali era finora competente la Confederazione. In tal modo viene tenuto conto delle particolarità e dei bisogni rispettivi di Cantoni e comuni.

Più chiarezza nell'ambito degli interventi di pubblica utilità

Al fine di evitare convocazioni problematiche o addirittura abusive in particolare per interventi di pubblica utilità, la revisione della legge prevede un limite massimo di quaranta giorni all'anno per milite per servizi d'istruzione ed interventi di pubblica utilità. Inoltre, per gli interventi di pubblica utilità a livello nazionale, cantonale e comunale (valore cumulativo) viene fissato un limite complessivo di tre settimane l'anno (incluso nel limite di 40 giorni). Questa limitazione dei giorni di servizio, per i quali viene versata l'indennità di perdita di guadagno, vale anche per il personale della protezione civile a tempo pieno e a tempo parziale nella sua funzione di milizia.

In base alla legge vi è un limite massimo di 40 giorni di servizio all'anno.

Quale misura supplementare verrà inoltre stilato, in collaborazione con i Cantoni, un elenco di interventi di pubblica utilità appropriati, che servirà da guida per l'autorizzazione degli interventi da parte delle com-

petenti autorità. Fondamentalmente questi interventi sono ritenuti opportuni quando sono compatibili con il ruolo e l'istruzione dei militi della protezione civile, nel caso in cui i richiedenti non dispongono di mezzi a sufficienza e se non viene fatta eccessiva concorrenza alle ditte private. Inoltre non possono essere prestati a favore del proprio datore di lavoro (per es. il comune). Infine, il Consiglio federale ha incaricato il DDPS di elaborare un testo di legge destinato a colmare le lacune messe in evidenza dall'operazione "ARGUS". Uno dei punti principali di questo progetto concerne la realizzazione di un sistema di gestione dei dati a livello nazionale.

I servizi di protezione civile in caso di catastrofi e situazioni d'emergenza, in caso di conflitto armato come pure i lavori di ripristino rimangono possibili senza limitazioni. Questi interventi reali dipendono dalla durata dell'evento e dalle misure necessarie alla sua gestione e non possono pertanto essere limitati temporalmente.

La Confederazione sostiene i Cantoni nell'acquisto di materiale

I Cantoni sono responsabili dell'acquisizione e del finanziamento dell'equipaggiamento personale nonché del materiale d'intervento per l'aiuto in caso di catastrofi e altre situazioni d'emergenza. La Confederazione acquisisce e finanzia invece i sistemi per dare l'allarme alla popolazione, i sistemi telematici, il materiale degli impianti e il materiale NBC della protezione civile. Questi punti erano già stati fissati in occasione della riforma della protezione della popolazione del 2004 secondo il principio del finanziamento da parte dell'organo competente. La Confederazione può tuttavia sostenere i Cantoni nell'acquisto del materiale e stilare liste di riferimento assieme ad essi. Vengono così garantite la compatibilità del materiale in caso di interventi intercantonali e un'istruzione unitaria ed efficiente a livello nazionale.

Perfezionamenti nel settore delle costruzioni di protezione

Il sistema delle costruzioni di protezione è un elemento essenziale dell'infrastruttura di sicurezza della Svizzera e della protezione della popolazione. L'obiettivo perseguito a partire dagli anni sessanta, secondo il quale andava garantito "un posto protetto per ogni abitante", è stato raggiunto a livello nazionale, nonostante alcune lacune regionali. Oggi è di centrale importanza la salvaguardia del valore dei rifugi esistenti. La costruzione di rifugi era già stata limitata dalla LPPC in vigore, sgravando il settore privato come quello pubblico da una parte delle



I MILITI DELLA PROTEZIONE DELLA POPOLAZIONE POTRANNO ESSERE CHIAMATI A PRESTARE AL MASSIMO TRE SETTIMANE DI INTERVENTI DI PUBBLICA UTILITÀ L'ANNO

loro spese. La revisione porterà ad ulteriori perfezionamenti grazie all'applicazione dei principi seguenti:

- salvaguardia del valore dell'attuale sistema di costruzioni di protezione con un investimento finanziario minimo;
- realizzazione mirata e differenziata di nuove costruzioni, con l'obiettivo di coprire, nel rispetto della parità di trattamento di tutti i cittadini svizzeri, la crescita demografica e di colmare le lacune esistenti;
- mantenimento dell'efficienza operativa differenziata e conforme alla situazione degli impianti di protezione (posti di comando, impianti d'apprestamento, centri sanitari protetti, ospedali protetti);
- importante sgravio finanziario per i proprietari d'immobili privati e la mano pubblica.

La revisione parziale della LPPC comporterà risparmi nel campo delle costruzioni di protezione sia per Confederazione, Cantoni e comuni, sia per i privati (committenti). La riduzione edilizia della costruzione di rifugi e la diminuzione dei contributi sostitutivi, in particolare per i proprietari di immobili, permetterà di risparmiare circa 60 milioni di franchi all'anno.

Mantenuto l'obbligo di costruire rifugi

Rimane invariato l'obbligo per i proprietari d'immobili di costruire rifugi nelle zone in cui mancano posti protetti o di versare contributi sostitutivi nelle zone in cui i posti

protetti sono sufficienti. Anche i comuni sono tenuti a realizzare rifugi pubblici nelle zone in cui mancano posti protetti. In questi casi vengono però costruiti unicamente rifugi con almeno 25 posti. Visto che, come finora, occorre realizzare due posti protetti ogni tre locali, l'obbligo concernerà solo edifici abitativi e grandi complessi edilizi con più di 38 locali (oggi devono essere costruiti rifugi già a partire da otto locali). I proprietari di edifici e complessi edilizi con meno di 38 locali non dovranno più costruire rifugi, bensì versare un contributo sostitutivo. I comuni con meno di mille abitanti costituiscono un'eccezione, dato che solo in questo modo è possibile colmare le lacune ancora esistenti nel campo dei rifugi. Nei piccoli comuni, soprattutto nei cantoni montani, è difficile realizzare grandi complessi edilizi.

Per i nuovi ospedali e i nuovi istituti per anziani e di cura rimane in vigore la legislazione attuale: occorre realizzare un posto protetto per ogni posto letto. Se per motivi tecnici non si possono realizzare rifugi, occorre versare contributi sostitutivi.

Gestione dei contributi sostitutivi da parte dei Cantoni

Il contributo sostitutivo per gli edifici abitativi sarà ridotto dall'attuale importo massimo di 1500 franchi (costo per ogni posto protetto in piccoli rifugi) a circa 400-800 franchi per posto protetto. I contributi sos-

EDITORIALE

In uno dei suoi ultimi editoriali Walter Donzè scrisse: “proprio come la chiesa, anche la protezione civile viene presa in considerazione solo quando se ne ha bisogno”.

Gli ultimi mesi sono trascorsi all'insegna della catastrofe in Giappone. Non sarebbero forse stati utili anche nel Paese del Sol Levante dei rifugi solidi e una protezione civile ben istruita come quelli che abbiamo in Svizzera? La protezione civile avrebbe potuto essere impiegata per salvare le persone intrappolate sotto le macerie dopo il terremoto, per assistere quelle rimaste senza tetto o per sostenere la logistica e la condotta.

Ma anche il nostro parlamento federale nelle sue decisioni viene ancora molto influenzato dagli eventi - o dalla loro assenza. Prima dell'apice della catastrofe in Giappone il Consiglio nazionale aveva deciso di abolire l'obbligo per i proprietari d'immobili privati di costruire rifugi o di versare contributi sostitutivi, dimostrando, a mio avviso, davvero poca lungimiranza.

Durante la sessione estiva il Consiglio nazionale ha poi cambiato rotta reintroducendo l'obbligo di costruire rifugi. La FSPC accoglie favorevolmente questo cambiamento d'opinione, deve però riflettere su come vorrà, in futuro, meglio informare e motivare il Parlamento in merito ai compiti di protezione svolti dalla protezione civile.

Come evidenziano ancora una volta i tragici eventi in Giappone, le tecnologie concepite per offrire sicurezza e protezione alla popolazione hanno i loro limiti. Non voglio fare l'uccello del malaugurio, ma credo che per il nostro Paese e la nostra popolazione non possa che costituire un vantaggio disporre anche in futuro di rifugi e organizzazioni d'intervento come la protezione civile. C'è ancora molto da fare: rimbocchiamoci le maniche!



Pius Segmüller, presidente FSPC

titutivi saranno destinati ai Cantoni, che potranno impiegarli in modo mirato secondo le loro esigenze e procedere ad una perequazione intercomunale. Questa novità consente di migliorare gestione della costruzione di rifugi e di colmare le lacune esistenti. I Cantoni potranno decidere se lasciare ai comuni i contributi sostitutivi finora versati. L'obbligo per i proprietari d'immobili di provvedere alla manutenzione dei rifugi rimane in vigore, ma il rinnovamento sarà finanziato con i contributi sostitutivi. Questi contributi permettono di finanziare gran parte dei costi di costruzione e di salvaguardare il valore dei rifugi pubblici. È previsto che i contributi sostitutivi siano utilizzati secondo il seguente ordine di priorità:

- per la realizzazione, l'equipaggiamento, l'esercizio, la manutenzione ed il rinnovamento dei rifugi pubblici;



L'OBBLIGO DI COSTRUIRE DEI RIFUGI RIMANE IN VIGORE, MA LA COSTRUZIONE DI NUOVI RIFUGI VIENE FORTEMENTE RIDOTTA.

- per il rinnovamento di rifugi privati, a condizione che i proprietari abbiano rispettato i loro obblighi di diligenza;
- per altre misure di protezione civile, in particolare per il controllo periodico dei rifugi oppure l'acquisto di materiale per la protezione civile.

Salvaguardia del valore degli impianti di protezione

Con la regionalizzazione sistematica della protezione civile, di principio non è più necessario costruire nuovi posti di comando e impianti d'apprestamento. Inoltre, circa 700 posti di comando di piccola dimensione o di vecchia costruzione, che non vengono più utilizzati come ubicazioni di condotta, potranno essere trasformati in rifugi pubblici o soppressi definitivamente. La Confederazione non verserà più alcun importo forfettario per garantire l'efficienza operativa di questi posti di comando eccedenti. Per quanto concerne i centri sanitari e gli ospedali protetti

(posti letto protetti disponibili per almeno lo 0,6 % della popolazione) il fabbisogno è garantito a lungo termine.

Per garantire un'efficienza operativa differenziata e conforme alla situazione, saranno rimodernati unicamente i vecchi impianti di protezione previsti per il caso di catastrofi o altre situazioni d'emergenza. Il rimodernamento implica l'adattamento alle tecnologie più attuali e il mantenimento della sostanza. I restanti vecchi impianti di protezione che non sono previsti per il caso di catastrofi o situazioni d'emergenza saranno adattati alle tecnologie attuali solamente nella prospettiva di un conflitto armato. Anche per questi impianti verrà però mantenuta la sostanza.

Infine verranno costruiti nuovi rifugi PBC solo per beni culturali d'importanza nazionale (archivi di Stato e collezioni di valore). I pro-

prietari dovranno garantire e finanziare la salvaguardia del loro valore.

La prossima riforma

In parallelo alla revisione della LPPC è in corso anche quella dell'Ordinanza sulla protezione civile (OPCi). La nuova OPCi dovrebbe entrare in vigore insieme alla nuova LPPC nel 2012. A causa dei preparativi in corso nei Cantoni, la data esatta deve ancora essere fissata.

La revisione della LPPC prevede unicamente l'applicazione di misure contenute nel Rapporto del 23 giugno del Consiglio federale all'Assemblea federale sulla politica di sicurezza 2010. Il nuovo rapporto sarà il punto di partenza per l'elaborazione della “Strategia 2015+ per la protezione della popolazione e la protezione civile”. Si valuterà quali adeguamenti ed eventuali riforme radicali saranno necessarie per proteggere la popolazione svizzera e le sue basi esistenziali dalle catastrofi e situazioni d'emergenza del futuro.

SAMUEL HINDEN: 42 ANNI DI SERVIZIO NELLA PROTEZIONE CIVILE

La ragione di soccorso arrivò con il taxi

Sono pochi a poter vantare un'esperienza così lunga: Samuel Hinden ha prestato 42 anni di servizio nella protezione civile di Sumiswald (BE). Uomo coscienzioso e dotato di un grande talento organizzativo, egli è stato testimone di numerose riforme, progressi tecnologici e interventi difficili. E ha partecipato a un ultimo intervento ormai alle soglie del pensionamento.

Sabato 26 luglio 2008 si è verificato uno di eventi quei sinistri che i militi della protezione civile sperano non dover mai affrontare. Verso le 23.00 è scoppiato un incendio nel centro per richiedenti l'asilo del comune di Aarwangen (BE). Dalle finestre uscivano fiamme e fumo e all'interno dell'edificio c'erano donne, uomini, bambini e neonati in grave pericolo.

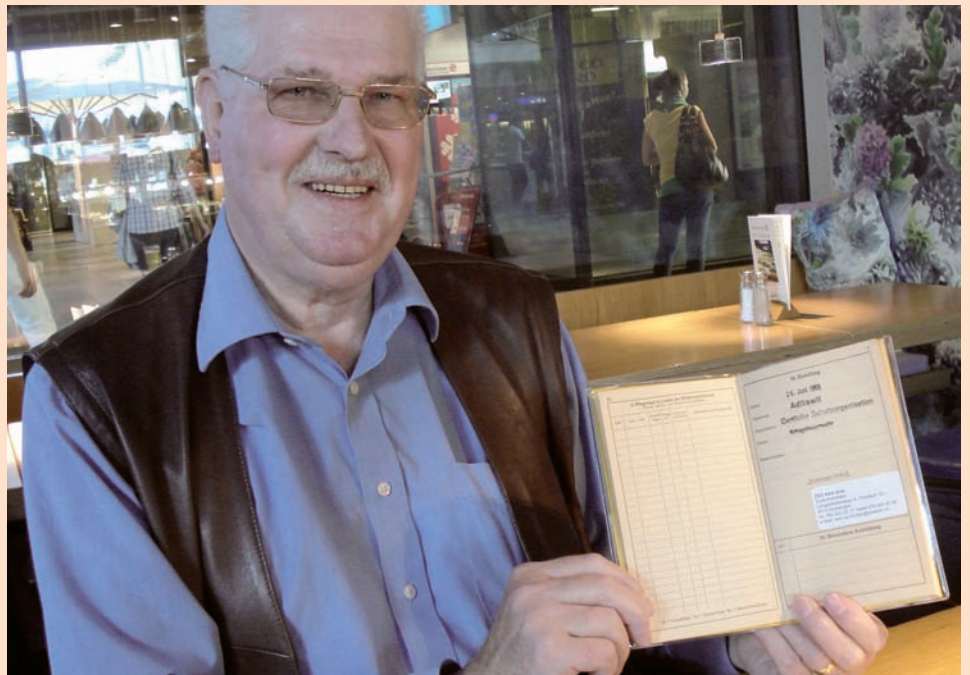
Samuel Hinden, allora 67enne, ha vissuto in prima persona questo sinistro. "Abbiamo dovuto evacuare subito gli ospiti del centro e procurare rapidamente alimenti, soprattutto per i neonati", racconta Hinden, all'epoca direttore dell'Ufficio della protezione civile dell'OPC Aare. "Visto che l'ospedale di Langenthal non aveva a disposizione questi alimenti, il capo dell'assistenza ha chiamato l'Inselhospital di Berna. La razione di soccorso è poi arrivata con il taxi al centro della protezione civile di Aarwangen, dove erano stati provvisoriamente trasferiti i richiedenti l'asilo". Saper reagire a situazioni imprevedibili, anche ricorrendo a metodi non convenzionali, è una cosa che Samuel Hinden ha imparato bene durante la sua lunga carriera.

Samuel Hinden entrò nella protezione civile per un caso del destino. Durante il suo secondo corso di ripetizione nell'esercito si ferì gravemente a un ginocchio. Esonerato dal servizio militare, nel giugno del 1969 venne incorporato nella protezione civile di Adiswil (ZH). Egli si ricorda bene di uno dei primi compiti che gli erano stati affidati: "Abbiamo girato tutti i quartieri per censire i rifugi". All'epoca l'attribuzione dei posti protetti era infatti ancora in fase d'esecuzione.

A causa dei problemi al ginocchio, Samuel Hinden non è mai intervenuto "sul fronte" per sgomberare macerie o eseguire lavori analoghi. Egli tiene però a precisare: "naturalmente ho collaborato con il fronte occupandomi dell'amministrazione". Ed è innegabile che quest'uomo, dotato di un senso della logistica e dell'organizzazione fuori dal comune, possiede un'esperienza con la quale sono pochi a poter competere. Il suo curriculum è impressionante. Tecnico di computer di formazione, Samuel Hinden ha

tra l'altro diretto cinque centri della protezione civile e ha militato per 20 anni nel corpo pompieri di Sumiswald.

Quali sono gli aspetti della protezione civile che lo affascinano maggiormente? "Vedere le squadre d'intervento in azione; vedere come riescono a fronteggiare anche i sinistri più gravi, ecco ciò che mi affascina. Ma al di là di tutto ciò, ritengo che la protezione civile sia un compito indispensabile. È per



IL VETERANO DELLA PROTEZIONE CIVILE, SAMUEL HINDEN, MOSTRA IL SUO LIBRO DI SERVIZIO DELLA PROTEZIONE CIVILE CON L'ANNO D'ENTRATA 1969.

questo motivo che me ne sono occupato", risponde Samuel Hinden. Il senso del dovere e la soddisfazione di aiutare persone in difficoltà a causa del maltempo o di altre catastrofi sono stati per lui i principali stimoli. L'esperienza insegna che l'unione fa la forza. Anche se le autorità cantonali e federali vengono spesso criticate, per Samuel Hinden la collaborazione con queste istituzioni è sempre stata molto proficua.

Ovviamente le cose non sempre vanno come si vorrebbe. Risolvere i problemi è stato quindi tra uno dei principali compiti che Samuel Hinden ha svolto in questi 40 anni. Ma ciò che l'ha maggiormente irritato è stata la crescente pressione al risparmio. "E i datori

di lavoro sono sempre meno disposti a liberare i loro impiegati per gli interventi della protezione civile", aggiunge.

Samuel Hinden è stato testimone anche delle trasformazioni della protezione civile: la regionalizzazione delle organizzazioni di protezione civile, i progressi tecnologici nel campo del materiale, ecc. "Ci sono state anche numerose riforme strutturali. C'era sempre qualcosa di nuovo", spiega Samuel Hinden. Egli non esprime però alcun giudizio su questi cambiamenti: "non voglio sembrare uno di quelli che, una volta in pensione, credono di saperne più di tutti gli altri". Riconosce però che la mobilità del lavoro è aumentata: "Oggi per i giovani è più diffici-

le rimanere legati a un luogo e a una funzione". "E dall'obbligo di prestare servizio si viene dispensati più facilmente di una volta", conclude.

Ma Samuel Hinden non ha mai preso in considerazione la possibilità di essere esonerato dal servizio. Quanto sia affezionato alla protezione civile si è visto nel 2009, quando avrebbe dovuto andare in pensione. Visto che le pratiche d'avvicendamento andavano per le lunghe, egli ha prolungato di un anno e mezzo la sua carica di direttore dell'OPC Aare. Per lui è stato un onore poter introdurre la nuova direttrice, prima di concludere, la scorsa estate, la sua carriera nella protezione civile.

AUMENTO DELLA MOBILITÀ

Sempre più lavoro per le organizzazioni di protezione

La mobilità crescente della popolazione svizzera ha conseguenze importanti per le organizzazioni di protezione civile (OPCi): il lavoro amministrativo aumenta, a scapito della pianificazione e dell'istruzione. Il potenziamento di un sistema di basi d'appoggio potrebbe essere la soluzione: il cambiamento di domicilio non implicherebbe poi necessariamente l'assegnazione ad una nuova organizzazione.

L'organizzazione di protezione civile EMME prevede tre giornate di reclutamento all'anno, e ogni volta fino a 70 persone devono presentarsi per essere incorporate. Come constatato dal comandante Armin Camenzind, vi è una grande fluttuazione soprattutto a causa della mobilità: "i giovani non si sentono più legati ad un unico luogo, ma preferiscono spostarsi". Così facendo, devono però ogni volta essere assegnati ad una nuova organizzazione di protezione civile e di conseguenza riequipaggiati. Per l'OPCi EMME vi sono ogni anno circa un centinaio di questi casi. Una situazione che Armin Camenzind ha imparato a gestire, pur ammettendo che a causa dell'aumento della mobilità la pianificazione in seno alla sua organizzazione è diventata sempre più difficile. "La mole di lavoro per tutto lo stato maggiore aumenta", ammette il comandante. Infatti, a seconda del luogo di residenza, il milite della protezione civile che trasloca anche solo nel paese vicino viene scorporato dall'OPCi EMME e assegnato ad un'altra organizzazione. Nel solo Canton Lucerna vi sono sette diverse OPCi.

Le esperienze dell'OPCi EMME rispecchiano esattamente quanto accade in altre organizzazioni di protezione civile. Anche Samuel Hinden di Sumiswald (vedasi pagina 6 della presente rivista), ha negli ultimi anni osservato questo fenomeno: "i giovani di oggi sono molto mobili, quindi è per loro più difficile restare in un luogo e impegnarsi duramente in un'attività". Il fatto è che, nel contesto della protezione civile, questo fenomeno ha importanti ripercussioni sulla pianificazione dei quadri. "Oggi è difficile trovare qualcuno cui assegnare il compito di caposezione o capogruppo".

"L'aumento della mobilità è un fatto che concerne tutta la Svizzera", afferma Christoph Flury, capo della divisione "Concezione e coordinamento" presso l'Ufficio federale della protezione della popolazione (UFPP): se in passato la protezione civile era impostata più a livello locale, è ora vieppiù a livello regionale, e in futuro cantonale, se non addirittura intercantonale. E ciò sapendo, secondo

Flury, che per fronteggiare catastrofi e situazioni d'emergenza "non è più necessario disporre di un'OPCi in ogni villaggio". Un cambiamento di strategia potrebbe essere la creazione, accanto ad organizzazioni di protezione civile regionali, di basi d'appoggio cantonali e intercantionali. Queste, pre-



Armin Camenzind

cisa Christoph Flury, dovrebbero tuttavia essere in grado di intervenire rapidamente in caso di evento.

Per lo stesso Flury la cosa migliore sarebbe puntare, nella Protezione civile, sulla carta "Basi d'appoggio". E segnatamente su "tre livelli separati: regionale, cantonale ed intercantonale, con un grado di specializzazione crescente da un livello all'altro". Christoph Flury aggiunge: "perché il sistema sia efficace, in caso di catastrofe le forze d'intervento devono poter essere concentrate nei luoghi dove vi è maggiore necessità". In questo modo è possibile gestire meglio anche la crescente mobilità dei militi della protezione civile, un enorme vantaggio secondo lui.

Armin Camenzind dell'OPCi EMME condive questo punto di vista. La perdita di know-how generata ogni anno dalla partenza e dall'arrivo di un centinaio di membri non deve secondo lui essere sottovalutata. Questo, nonostante già oggi, all'interno del gruppo di lavoro Svizzera centrale, l'assegnazione di quadri e specialisti si faccia nel modo meno burocratico possibile. "O riusciamo una volta per tutte ad equipaggiare tutti i membri della protezione civile in modo unitario, o ci allontaniamo sempre di più dal principio dell'assegnamento regionale".

CONVEGNO 2012

L'obbligo di prestare servizio al centro dell'attenzione

Fervono i preparativi della Commissione tecnica della FSPC in vista del Convegno 2012, che si terrà il martedì 15 maggio presso il Centro svizzero per paraplegici di Nottwil. Contrariamente a quanto trattato - in occasione del seminario di tre giorni tenutosi quest'anno a Schwarzenburg, a Nottwil, fatte salve le dovute informazioni sul centro, ci si chinerà unicamente su temi specifici.

Secondo il responsabile della Commissione tecnica (CT) Martin Erb, è in programma un animato dibattito sul tema dell'obbligo di prestare servizio. Dal fronte dell'UFPP vi saranno novità importanti, e il convegno informerà anche sul futuro della protezione civile secondo il gruppo di lavoro istituito dal Consiglio federale. Nel corso di diversi workshop, i partecipanti potranno poi farsi un'idea, in virtù delle loro esperienze, sul futuro ruolo della protezione civile nel nostro paese.



CENTRO SVIZZERO PER PARAPLEGICI DI NOTTWIL

Il programma definitivo con l'elenco di tutti i relatori sarà presentato entro la fine dell'anno. A fine gennaio verranno poi inviati gli inviti, e gli interessati avranno la possibilità di iscriversi.

Copertina non attuale

La scelta delle immagini di copertina della nostra edizione n° 3/2011 ha suscitato alcune critiche. A giusta ragione in quanto vi figura un milite della protezione civile con una vecchia ricetrasmittente SE 125, oggi praticamente non più utilizzata. E' ovviamente della massima importanza anche per noi della redazione trasmettere l'immagine di una protezione civile moderna.



SZSV
FSPC
FSPC
Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile